

Stellungnahme

zum Thema „Damit Mobilität nicht zum Luxus wird - Für einen bezahlbaren Autoführerschein“

Grundsätzliche Überzeugungen

Um eine fundierte Debatte über die Führerscheinkosten und deren zukünftige Entwicklung zu ermöglichen, möchten wir zunächst eine Ursachenanalyse vornehmen. Zuvor müssen jedoch einige grundlegende Faktoren geklärt werden. Alle Interessengruppen und Entscheidungsträger im Bereich der Verkehrssicherheit sind sich einig, dass die angestrebte „Vision Zero“ eingehalten werden muss. Unter dem Motto „Keiner kommt um, alle kommen an“ des Deutschen Verkehrssicherheitsrats e.V. tragen wir diese Zielsetzung voll mit.

Unser Verband setzt sich im Sinne des Gemeinwohls für eine Professionalisierung und Intensivierung der Verkehrserziehung ein. Unserer Meinung nach steht das öffentliche Interesse an Verkehrssicherheit höher als das individuelle Interesse, den Führerschein günstig zu erwerben. Auf der anderen Seite erkennen wir an, dass Menschen ein Recht auf Mobilität haben und dass wir als Fahrschulunternehmer verpflichtet sind, dies unabhängig vom finanziellen Status zu ermöglichen. Wir sehen unsere Verantwortung gegenüber der Bevölkerung und der Wirtschaft, die mobile Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer benötigt und nehmen diese Verantwortung ernst.

Dieser kurze Absatz verdeutlicht bereits die Komplexität der Thematik: Fahrschulen sind systemrelevante Wirtschaftsunternehmen, die eine Verbindung zwischen Menschen, Wirtschaft, persönlicher Freiheit und öffentlichem Interesse schaffen. Wir möchten ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Bedeutung der von Fahrschulen geleisteten Arbeit in der Vergangenheit zwar erkannt wurde, ihre Auswirkungen jedoch oft unterschätzt wurden.

Ursachen für die Preisentwicklungen

Der Beruf des Fahrlehrers und die Verkehrserziehung haben sich deutlich verändert und beeinflussen die Preisentwicklung des Führerscheins. Früher wurden die meisten Fahrlehrer kostenlos durch die Bundeswehr ausgebildet, was die Branche stark entlastete. Diese umfassende Ausbildung dauerte oft mehrere Jahre und war unabhängig von Kosten und Zeit.

Bis Ende der 90er Jahre erhielten Fahrlehrer mit einer Prüfung direkt mehrere Fahrlehrerlaubnisse. Mit der Professionalisierung der Ausbildung wurde diese länger und teurer. Ähnlich

wie in anderen Branchen entwickelte sich die Ausbildung vom Arbeiter zum Facharbeiter, was zu höheren Gehaltsansprüchen führte.

Seit Ende der 90er Jahre hat sich der Beruf des Fahrlehrers weiterentwickelt. Fahrlehrer müssen sich kontinuierlich weiterbilden und für jede Führerscheinklasse einen zusätzlichen Fahrlehrerschein erwerben. Diese Professionalisierung führt zu hohen Ausbildungskosten und gerechtfertigten Lohnerhöhungen. Die Bundeswehr hat große Teile der Fahrlehrerausbildung aufgegeben, was private Ausbildungsstätten zu füllen versuchen. Diese Ausbildungskosten belaufen sich auf 15.000 bis 20.000 € exklusive Lebensunterhalt, oft von den Auszubildenden selbst oder durch Förderungen getragen.

Diese Entwicklungen, die hohen Ausbildungskosten, die Inflation und die gestiegenen Fahrzeugkosten sind die Hauptgründe für die Verteuerung des Führerscheins. Wir setzen uns für eine grundlegende Reform der Fahrlehrerausbildung zu einer echten Berufsausbildung ein, damit auch finanziell schwächere und junge Menschen die Chance haben, Fahrlehrer zu werden. Die weitere Professionalisierung des Berufs ist unumgänglich.

Unsere Forderungen an die Politik

Gemeinsam mit unseren Mitgliedern, die viele Veränderungen der letzten Jahrzehnte erlebt haben, haben wir Forderungen erarbeitet. Diese sollen die Führerscheinkosten in einem bezahlbaren Rahmen halten und dadurch langfristige finanzielle Stabilität für die Fahrschüler gewährleisten.

1. Die Gültigkeit des Fahrerlaubnisanspruchs wird von 12 auf 24 Monate verlängert. Das Ablegen der theoretischen Prüfung verlängert diese Gültigkeit um weitere 12 Monate.
2. Der Fahrerlaubnisanspruch für BF17 kann bereits 12 Monate vor Erreichen des Mindestalters gestellt werden. Die theoretische Prüfung darf 6 Monate und die praktische Prüfung 3 Monate vor Erreichen des Mindestalters abgelegt werden.
3. Die theoretische und praktische Prüfung werden entkoppelt. Eine praktische Prüfung kann auch ohne das vorhergehende erfolgreiche Ablegen der theoretischen Prüfung abgelegt werden, vorausgesetzt, die theoretische Ausbildung wurde abgeschlossen.
4. Die Ausnahmen für den Streckenführerschein werden klar definiert.
5. Qualitätsmerkmale werden erarbeitet und daraus resultiert ein Gütesiegel für Fahrschulen.
6. Leistungen des Klasse B Führerscheins werden von der Mehrwertsteuer befreit.

7. Ein subventionierter Fahrschulkraftstoff wird eingeführt.
8. Ein klares Rechtsverhältnis zwischen Fahrschulen und der jeweiligen Prüforganisation wird gesetzlich implementiert.
9. Die Politik trägt dafür Sorge, dass in jeder Region und zu jeder Zeit ausreichend Prüfkapazitäten bereitgestellt werden.
10. Behörden führen verpflichtend den digitalen Führerscheinantrag ein.
11. Einführung des digitalen Führerscheins.
12. Die Förderung des Berufsbildes Fahrlehrer wird verstärkt. Der Fachkräftemangel ist der erheblichste Kostenfaktor in Deutschlands Fahrschulen, bedingt durch die exorbitant gestiegenen Lohnkosten in den letzten 10 Jahren.
13. Das Berufsbild Fahrlehrer wird als Ausbildungsberuf anerkannt.
14. Der Einsatz von modernsten Simulatoren wird ermöglicht, um den Fuhrpark der Fahrschulen zu reduzieren.
15. Digitaler Theorieunterricht wird anerkannt.
16. Förderprogramme werden geschaffen, um es Fahrschulen zu ermöglichen, in eine moderne, digitale Infrastruktur zu investieren.
17. Bei der Arbeitszeitregelung der Fahrlehrer werden Möglichkeiten geschaffen, um Phasen mit hoher Arbeitsbelastung zu kompensieren. Dabei dienen das Arbeitszeitgesetz und die Sozialvorschriften für Berufskraftfahrer als Vorbild.
18. Die Beschränkung der maximalen Unterrichtszeit von Fahrschülern in der theoretischen Ausbildung auf 2x 90 Minuten entfällt.

Mit diesen Forderungen werden die Rahmenbedingungen geschaffen, um den Führerschein auch in Zukunft für die Kunden bezahlbar zu machen. Zu beachten ist jedoch, dass die voraussichtlichen Änderungen der Fahrschülerausbildungsordnung im Jahr 2025 auf Grundlage der OFSA2 eine deutliche Verteuerung durch die Einführung zusätzlicher Ausbildungsinhalte erwarten lassen. Unserer Meinung nach befindet sich unsere Branche hier in einer Zwickmühle: Es wird gesetzlich mehr Qualität vorgeschrieben, die wir unter den aktuellen finanziellen Umständen nicht leisten können.

Das Wissen um diesen Fakt muss dazu führen, dass die geplanten Veränderungen so weitreichend umgesetzt werden, dass die Problematik nach ihrer Einführung nicht erneut aufflammt. Angesichts des aktuellen und zukünftigen Fachkräftemangels möchten wir zudem betonen, dass eine Veränderung der



Verband Innovativer Fahrschulen Deutschland e.V. - Geschäftsstelle in der Classic Remise Berlin - Wiebestraße 36-37 - 10553 Berlin

Lohnkosten für uns unmöglich ist. Wir sind der festen Überzeugung, dass gute Arbeit auch gut entlohnt werden muss.

Das Abwerben von Fahrlehrern durch die Prüforganisationen verschärft den Fachkräftemangel derzeit zusätzlich. Wir halten diesen Schritt grundsätzlich für den richtigen Weg, wünschen uns jedoch ein gemeinsames Konzept, das beiden Seiten hilft.